

POLITICAL CULTURE: GERMANY

Thomas PETERSEN

Am 4. Dezember 1951 fuhr Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, zu einem Staatsbesuch nach Großbritannien. In seinen Memoiren berichtete er eineinhalb Jahrzehnte später über ein Gespräch, das er bei dieser Gelegenheit mit Winston Churchill führte, der kurz zuvor erneut zum britischen Premierminister gewählt worden war. Mitten in der Unterhaltung, bei der es um die Europäische Einigung und die Rolle Großbritanniens auf dem Kontinent ging, fragte Churchill Adenauer plötzlich: "Sind Sie Preuße? Die Preußen sind Bösewichte. Ich habe Angst vor ihnen" (Adenauer 1965, S. 509).

Was tut man in einer solchen Situation? Adenauer lachte und versicherte Churchill, daß er kein Preuße sei. Doch das war gelogen. Natürlich war er Preuße. Er war in Köln geboren worden, der Hauptstadt der preußischen Rheinprovinz. Er hatte praktisch sein ganzes langes Leben in Preußen verbracht, war 17 Jahre lang Kölner Oberbürgermeister, ja sogar Präsident des Preußischen Staatsrates gewesen, der zweiten Parlamentskammer in Berlin, in der die Provinzen vertreten waren.

Vermutlich wußte Churchill das alles. Doch seine Frage zielte auf etwas anderes: Hinter ihr stand die vage Idee eines "preußischen Militarismus", der angeblich in den Nationalsozialismus geführt, ihn vorbereitet hätte. Von außen betrachtet hat die These einiges für sich, und so kann man ihr bis heute oft vor allem in der angelsächsischen Literatur begegnen. Aus deutscher Binnensicht erscheint sie dagegen wenig überzeugend, eher ein Mißverständnis sowohl Preußens und seiner militärischen wie nichtmilitärischen Traditionen als auch des Nationalsozialismus, dessen Wurzeln vor allem in Süddeutschland liegen, also gerade nicht in Preußen (Siehe hierzu Evans 1987, S. 1-2; Clark 2006, bes. S. 665-670).

Doch es kann nicht die Aufgabe sein, an dieser Stelle den Wahrheitsgehalt der These vom "preußischen Militarismus" zu überprüfen. Sie ist hier allein deswegen von Belang, weil sie die Perspektive illustriert, aus der heraus in

den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in jenen Jahren auf Deutschland geblickt wurde. Natürlich wurde zur Kenntnis genommen, daß die Bundesrepublik Deutschland eine freiheitliche Demokratie war - sie war ja unter dem wesentlichen Einfluß der westlichen Besatzungsmächte entstanden -, und der sich entwickelnde Kalte Krieg führte auch dazu, daß Westdeutschland zunehmend dem "eigenen Lager" zugeordnet, also als Verbündeter betrachtet wurde, aber immer schwang ein schwer greifbares doch immer wieder zu erkennendes Mißtrauen mit, eine Unsicherheit, ob der Nationalsozialismus nicht doch das Resultat eines spezifisch deutschen Nationalcharakters gewesen sei, die Folge einer bestimmten Form des Autoritären, dessen Wurzeln in Preußen zu suchen seien. Die Frage zu stellen, ob die neue westdeutsche Demokratie stabil sein werde, bedeutete deswegen gleichzeitig, die Frage zu stellen, ob die Deutschen ihren Charakter geändert hätten.

Auch in Gabriel Almonds und Sidney Verbas großer Pionierstudie "The Civic Culture" ist dieses unterschwellige Mißtrauen gegenüber Deutschland zu spüren, bleibt jedoch im Hintergrund. Es beherrscht nicht die Analyse. Alles in allem zeigt die Untersuchung ein bemerkenswert tiefes Verständnis deutscher Geschichte und Traditionen. Damit ist "The Civic Culture" zwar unzweifelhaft ein Kind seiner Zeit, doch das Beispiel der Behandlung der Daten aus Deutschland zeigt auch, wie gründlich Almond und Verba sich mit ihrem Untersuchungsgegenstand auseinandergesetzt haben.

Aus heutiger Sicht ist "The Civic Culture" in vielerlei Hinsicht eine bemerkenswerte Untersuchung. Zum einen ist es ohne Zweifel eine der gründlichsten und nützlichsten empirischen politikwissenschaftlichen Studien ihrer Zeit und weit darüber hinaus. Es ist eine echte Pionierstudie, die bis heute Vorbild für andere Untersuchungen ist. Vor allem der einfallsreiche, vielseitige Fragebogen, der die Möglichkeiten der Umfrageforschung wirklich ausschöpft, ist hier zu nennen, aber auch die gut durchdachte Untersuchungsanlage, die qualitative und quantitative Elemente in vorbildhafter Weise kombiniert. Und darüber hinaus ist die Studie eben auch ein historisches Dokument, das das schwierige Verhältnis zwischen Deutschen und den Menschen aus anderen Ländern in jener Zeit dokumentiert - Sozialwissenschaftler eingeschlossen.

Tatsächlich gab es damals gute Gründe, sich um den Bestand der jungen westdeutschen Demokratie Sorgen zu machen. Die Identifikation mit dem Staatswesen und seinen Symbolen war gering (vgl. Petersen 2009a), das Parteiensystem noch keinesfalls gefestigt, Anfang der 50er Jahre durchaus auch anfällig für radikale Strömungen (vgl. Schwarz 1981, S. 86-87; 130-135). Verständlicherweise reagierten die Nachbarn Deutschlands nervös.

Als der französische Außenminister Robert Schumann 1950 der Bundesregierung die gemeinsame Bewirtschaftung von Kohle und Stahl vorschlug, aus der sich schließlich die heutige Europäische Union entwickeln sollte, hatte er weniger das große Friedenswerk vor Augen, das er damit anstieß, als die Kontrolle dieses scheinbar unberechenbaren und gefährlichen Nachbarn (Adenauer 1965, S. 328). Im Jahr 1959 war diese kritische Phase bereits überwunden, doch das läßt sich nur aus heutiger Sicht leicht feststellen. Damals beschrieben Almond und Verba sehr klar die kulturellen Aspekte in der deutschen Gesellschaft, die es aus damaliger Sicht unsicher erscheinen ließen, ob sich in Deutschland etwas würde aufbauen lassen, was man heute "Zivilgesellschaft" nennen würde, und - damit verknüpft - ob die deutsche Demokratie auf Dauer stabil sein würde.

Almond und Verba schrieben: "One might conclude from an examination of their histories, that Britain and Germany have in common deferential attitudes toward authority, growing out of their long predemocratic experiences with authoritarian control. But examination of history brings out one most significant difference. British government control in its predemocratic period never became as complete or exhaustive of initiative as did the German. Brogan points out that even in the centuries when Englishmen were 'subjects' there was a broad area of autonomy, freedom to form societies and engage in limited self-government. In other words, even in the long centuries of British authoritarian government there was a limited participant component in the British political culture. Thus the amalgamation of citizen attitudes with subject attitudes is a centuries-old process, long predating the parliamentary and suffrage reforms of the seventeenth, eighteenth and nineteenth centuries. These reforms did not founder on a hard and unyielding subject culture, but could root themselves on a long-existent culture of pluralism, and initiative."

As Krieger points out in his penetrating analysis of the development of German political ideas and movements the German conception of liberty - from the days of the struggle of the princes against the imperial authority to the attainment of nationhood in the nineteenth century - was identified with the freedom of the state from external limitations rather than with the initiative and participation of individuals" (Almond/Verba 1963, S. 38-39). Dieser Analyse ist auch aus heutiger Sicht nicht viel hinzuzufügen. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß der moderne Sozialstaat europäischer Prägung wesentlich in Deutschland entwickelt wurde, daß aber deutsche Denker und Politiker bemerkenswert wenig zur Entwicklungsgeschichte liberalen Denkens beigetragen haben (vgl. Petersen/Mayer 2005, S. 19-22).

Almond und Verba fanden in ihrer Studie einige Hinweise, die die These stützten daß der westdeutschen Gesellschaft einige wesentliche Elemente fehlten, die zur Bildung einer "Participant Political Culture" unbedingt dazugehörten. So stellten sie beispielsweise ein hohes Niveau des Mißtrauens gegenüber dem politischen System fest und eine passive Haltung, die auf eine, wie sie es nannten, "Subject Political Culture" hindeuteten, bei der die Bürger sich mehr als passive Konsumenten oder Befehlsempfänger gegenüber dem Staat wahrnahmen denn als aktiver Bestandteil des Gemeinwesens. Sie schrieben: "Germans tend to be satisfied with the performance of their government, but to lack a more general attachment to the system on the symbolic level. There is a highly pragmatic - probably overpragmatic - orientation to the political system; as if the intense commitment to political movements that characterized Germany under Weimar and the Nazi era is now being balanced by a detached, practical, and almost cynical attitude toward politics. And the attitudes of the German citizen to his fellow political actors are probably also colored by the country's political history. Hostility between the supporters of the two large parties is still relatively high and is not tempered by any general social norms of trust and confidence. And the ability of Germans to cooperate politically appears to have serious limitations" (Almond/Verba 1963, S. 429).

Heute, 50 Jahre später, hat sich die Lage in vielerlei Hinsicht verändert. Die deutsche Demokratie hat sich als stabil erwiesen, heute zählt sie bereits zu den älteren freiheitlichen Systemen der Welt. Einige charakteristische Merkmale der deutschen Gesellschaft, die Almond und Verba in Westdeutschland beobachteten, scheinen sich in der Zwischenzeit verflüchtigt zu haben. Dafür kann man sie jetzt in den neuen Demokratien in Ost-Mitteuropa beobachten. Ein Beispiel ist die Feindseligkeit zwischen den politischen Lagern, die sich in Deutschland vor allem in den vergangenen zehn Jahren erheblich abgeschwächt hat, was beispielsweise in schwächeren Bindungen der Bevölkerung an eine bestimmte Partei ihren Ausdruck findet (siehe hierzu unten), die dagegen beispielsweise in Ungarn heute in äußerster Ausprägung vorhanden ist (vgl. Fürst 2009, S. 440-441). Daß sich die deutsche Gesellschaft verändert hat, ist unübersehbar. Aber wie fügt sich die Veränderung in das Konzept der verschiedenen Gesellschaften - "parochial", "subject" and "participant" - von Almond und Verba ein, und läßt sich aus der Entwicklung Deutschlands ableiten, ob die Autoren von "Civic Culture" mit diesem Konzept die Wirklichkeit zutreffend beschrieben?

Mit dem Abstand von 50 Jahren läßt sich heute sagen, daß Almond und Verba einen wesentlichen Faktor für die Entwicklung demokratischer Ge-

sellschaft erfaßten, als sie auf die Tatsache hinwiesen, daß Großbritannien auf eine lange Tradition freiheitlichen Denkens und politischer Partizipation zurückblicken konnte, während in Deutschland eine solche Tradition fehlte. Viele Menschen scheinen zu glauben, daß die Demokratie ein so überzeugende Konzept ist, daß sie, wenn sie erst einmal in einem Land eingeführt ist, von der Bevölkerung begeistert akzeptiert wird. Die offensichtlichen Vorteile des freiheitlichen Systems würden dazu führen, daß die Menschen die dazugehörigen Regeln rasch akzeptieren würden. Doch die Sozialforschung in Deutschland zeichnet ein anderes Bild. Sie läßt erkennen, daß die Durchsetzung demokratischer Prinzipien ein steiniger Weg ist. Menschen, die in Diktaturen aufgewachsen sind und dort ihre Wertorientierung vermittelt bekommen haben, können nicht über Nacht ihre Traditionen und Überzeugungen ablegen, selbst wenn sie rational erfassen, daß dies eigentlich notwendig wäre. Man kann rational durchaus begreifen, daß eine offene Gesellschaft aktive Bürger braucht, und dennoch unfähig sein, sich selbst dementsprechend zu verhalten.

Gut nachvollziehen läßt sich die Entwicklung der deutschen Gesellschaft mit den Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach. Dieses Institut wurde 1947 als erstes deutsches Umfrageinstitut gegründet, zwei Jahre vor der Bundesrepublik Deutschland selbst. Dieser Umstand ermöglicht es heute, die Entwicklung dieser Demokratie und die Einstellung der Bevölkerung ihr gegenüber über die gesamte Zeitspanne von mehr rund 60 Jahren zu nachzuzeichnen. Das Archiv des Instituts für Demoskopie Allensbach verzeichnet über die Zeit hinweg rund 145.000 Fragen. Darunter finden sich auch viele, die denen ähnlich sind, die, die Almond und Verba in "The Civic Culture" verwendet haben. Wenn man die heutigen Antworten der deutschen Bevölkerung auf Fragen zur Demokratieverankerung und ihrer Haltung zum Gemeinwesen mit denen von vor 50 Jahren vergleicht, dann erkennt man das Muster einer allmählich reifenden Demokratie, in der sich die demokratischen Spielregeln und die Identifikation mit dem Staat ganz langsam, fast unmerklich eingewurzelt haben. Man sieht einige Entwicklungen, die Almond und Verba vermutlich erwartet hätten, hätten sie gewußt, daß die westdeutsche Demokratie mindestens über ein halbes Jahrhundert Bestand haben würde, aber es gibt auch Entwicklungen, die aus dem Schema fallen. An dieser Stelle können nur einige Trendergebnisse aus dem Allensbacher Archiv präsentiert werden, die den Befund mehr beispielhaft illustrieren als vollständig belegen können.

Einer der Kernbefunde in Almonds und Verbas Untersuchung war, daß die Deutschen tief gezeichnet waren vom Trauma des Dritten Reiches. Die

maßlose Übersteigerung nationaler Emotionen in der Propaganda der Nationalsozialisten, die eng verknüpft war mit dem Größen- und Rassenwahn, der schließlich zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges und zum organisierten Massenmord an Juden und anderen Minderheiten führte, hatte bei der deutschen Bevölkerung eine derart starke Spur des Entsetzens hinterlassen, daß das Verhalten nun ins Gegenteil umschlug und jede emotionale Bindung an die eigenen Nation und das politische System vermieden wurde. Dies war auch dann noch der Fall, als die Menschen gegen Ende der 50er Jahre feststellten, daß die junge Bundesrepublik ein außerordentlich erfolgreiches Staatswesen zu werden versprach, das der Bevölkerung nicht nur große Freiheiten, sondern auch einen rasch steigenden Wohlstand bescherte. Die Deutschen hätten, so stellten Almond und Verba fest, „a high level of political cognition“, but a low level of system affect (vgl. Almond/Verba 1963, S. 428-429).

Beides: das aus der nationalsozialistischen Herrschaft herrührende Trauma und die geringe emotionale Bindung an das eigene politische System, hat sich inzwischen geändert. Vor allem die jüngere Generation der Deutschen scheint sich in den letzten Jahren zunehmend von den Schatten der Vergangenheit befreit zu haben. Das bedeutet nicht, daß die Kenntnisse über die nationalsozialistische Diktatur zurückgingen, aber dieser Teil der deutschen Geschichte wird von der Bevölkerung immer weniger als eine persönliche Belastung empfunden. Betrachtet man die Entwicklung etwas genauer, dann erkennt man, dass die Verarbeitung der Vergangenheit sich in zwei Schritten vollzogen hat. Zuerst mussten die Deutschen sich darüber klar werden, dass die nach dem Krieg geformte Bundesrepublik den früheren deutschen Staatskonstruktionen überlegen war und damit die eigene Lebenssituation besser als die der Eltern und Großeltern. Im Jahr 1959, also zu dem Zeitpunkt, als auch die Daten für „The Civic Culture“ erhoben wurden, stellte das Allensbacher Institut in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum ersten Mal die Frage „During the 20th century, when do you feel Germany was in best shape: Before 1914, from 1918 to 1933, from 1933 to 1939 or from 1945 on (da niemand auf den Gedanken gekommen wäre, Deutschlands beste Zeiten seien die Kriegsjahre zwischen 1914 und 1918 oder 1939 und 1945 gewesen, ließ man diese Zeitspannen in der Frageformulierung aus).“

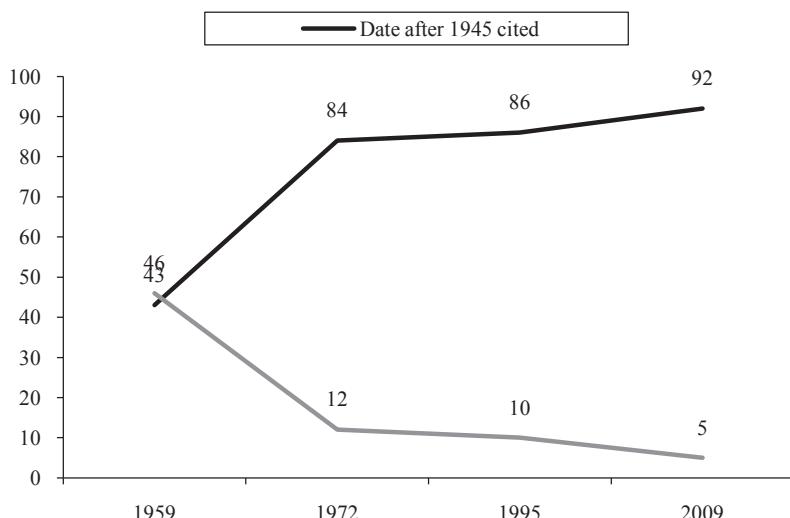
Im Jahr 1959 sagte eine knappe relative Mehrheit von 46 Prozent der Befragten, Deutschlands beste Zeiten hätten in den Jahren vor 1939 gelegen. Die meisten dachten dabei an die damals sogenannte „gute alte Zeit“ im Kaiserreich vor dem ersten Weltkrieg. Man erkennt an diesem Ergebnis, wie stark ausgeprägt damals noch das Misstrauen gegenüber der jungen Bundesrepublik war, obwohl die wirtschaftliche und soziale Lage der Wes-

tdeutschen bereits damals so gut war wie nie zuvor. Im Jahr 1959 befand sich die Bundesrepublik in einer Phase äußerst dynamischen Wachstums, die allenfalls mit dem derzeitigen Aufstieg Chinas zur wirtschaftlichen Weltmacht vergleichen werden kann. Heute nennt man diese Zeit in Deutschland die Jahre des "Wirtschaftswunders."

Seitdem haben sich die Antworten auf die Frage nach der besten Zeit im 20. Jahrhundert erheblich gewandelt. Bereits 1972 hatte sich die Zahl derjenigen, die sagten, die Gegenwart sei die beste Zeit für Deutschland im 20. Jahrhundert, verdoppelt. Lediglich 12 Prozent hingen noch der "guten alten Zeit" an. Dieses Antwortmuster ist seitdem geblieben. 2009 sagten 92 Prozent der Deutschen, die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts sei die beste Zeit für Deutschland gewesen (Schaubild 1), und wenn Westdeutsche heute von der "guten alten Zeit" sprechen, dann meinen sie meistens nicht das Kaiserreich, sondern die Jahre der frühen Bundesrepublik von den 1950er Jahren bis 1989 (vgl. Noelle-Neumann/Köcher 2002, S. 543).

Schaubild 1

Since 1959, Germans have Turned Their Backs on the "Good old Days"
 Question: "During the 20th century, when do you feel Germany was in best shape: Before 1914, from 1918 to 1933, from 1933 to 1939, or from 1945 to 1989 (or in Germany following reunification?")



Source: Allensbach Archives, IfD Surveys

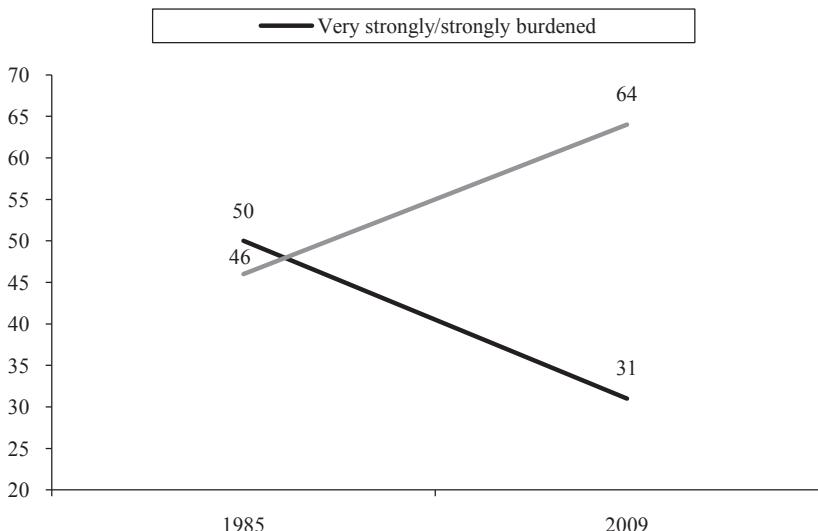
Erst erhebliche Zeit nachdem die Deutschen das demokratische System der Bundesrepublik rational akzeptiert und seine positiven Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Menschen registriert hatten, löste sich die Bevölkerung allmählich von dem Trauma der Vergangenheit und entwickelte damit auch die Fähigkeit, erneut eine emotionale Bindung an das Staatswesen und die eigene Nation aufzubauen. Im Jahr 1985 fragte das Allensbacher Institut: "How strongly do you personally feel burdened by what happened during the Third Reich and World War II? Would you say you feel very strongly, strongly, hardly or not at all burdened by that?" 50 Prozent antworteten damals, daß sie sich "very strongly" oder "strongly" durch die Vergangenheit belastet fühlten. Als die Frage im Jahr 2009 wiederholt wurde, war der Anteil derjenigen, die diese Antwort gaben, auf 31 Prozent gesunken. Fast zwei Drittel der Deutschen sagen heute, daß sie sich durch das Dritte Reich "hardly" oder "not at all" belastet fühlten (Schaubild 2). Naheliegenderweise geben vor allem die Angehörigen der jungen Generation diese Antwort, aber auch die Älteren drückt die Last der Vergangenheit heute weniger als noch vor 25 Jahren.

Die veränderte Wahrnehmung der eigenen Identität und des politischen Systems nach inzwischen 60 Jahren führt auch zu einer sich ändernden Wahrnehmung der Nation als ganzes. Um Almonds und Verbas Formulierung aufzugreifen: "system affect" und der "sense of national identity and commitment" (Almond und Verba 1963, S. 429) kehren allmählich in die deutsche Gesellschaft zurück. Erkennbar wird dies am Beispiel der Einstellung der Bevölkerung zu den nationalen Symbolen des Landes: Im Sommer 2006 überraschte Deutschland sich selbst und seine Nachbarn mit außerordentlich bunten Bildern von der Fußball-Weltmeisterschaft. Millionen Fernsehzuschauer auf der ganzen Welt sahen in den Stadien tausende deutscher Flaggen wehen. Wenn zu Beginn eines Spiels der deutschen Mannschaft die Nationalhymne gespielt wurde, sagen die Zuschauer im Stadion mit, laut und deutlich, so daß man als Fernsehzuschauer den Text hätte lernen können. Das mag für einen Leser außerhalb Deutschlands normal erscheinen, doch für die Deutschen war es keineswegs normal. Ein größerer Kontrast als der zu der ebenfalls in Deutschland abgehalteten Fußball-Weltmeisterschaft des Jahres 1974 ist kaum denkbar: Damals waren die Zuschauer im Stadion jedes Mal verstummt, wenn die Nationalhymne gespielt worden war.

Schaubild 2

The Shadows of the Past

Question: "How strongly do you personally feel burdened by what happened during the Third Reich and World War II? Would you say you feel very strongly, strongly, hardly or not at all burdened by that?"



Source: Allensbach Archives, IfD Surveys

Seit 1951 hat das Allensbacher Institut immer wieder in seine Bevölkerungsumfragen Fragen zu den deutschen Nationalsymbolen aufgenommen. Eine dieser Fragen lautet: "Do you feel pleased when you see Germany's black-red-and-gold flag flying somewhere?" 1951 sagten lediglich 23 Prozent der Befragten, daß sie sich beim Anblick der deutschen Flagge freuten. Etwas mehr, 32 Prozent, sagten ausdrücklich, daß sie sich nicht freuten. Eine relative Mehrheit äußerte keine Meinung, war unentschieden oder sagte, daß sie das Thema nicht interessiere. Hätte man damals eine Abstimmung gemacht, hätte sich die Bevölkerung für die schwarz-weiß-rote Flagge des Kaiserreiches entschieden (vgl. Petersen 2008).

In den frühen 1960er Jahren, also ungefähr zu der Zeit, als "The Civic Culture" entstand, sagten bereits rund 40 Prozent, daß sie sich beim Anblick der Bundesflagge freuten. Dieser Anteil stieg dann, in den da-

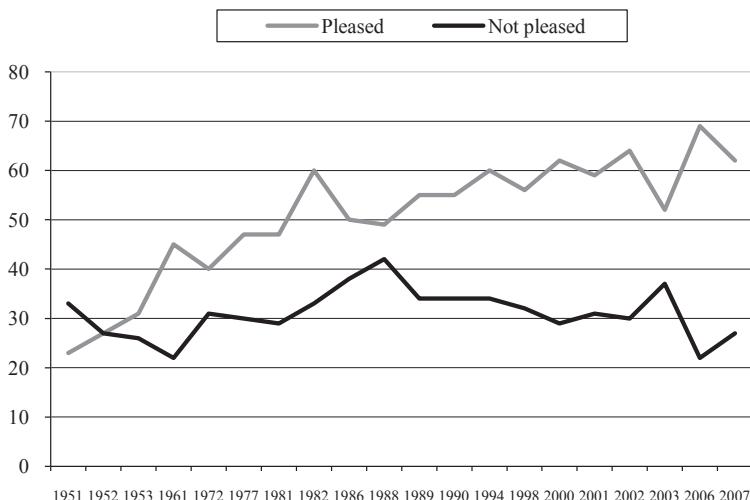
rauffolgenden Jahrzehnten, verstärkt seit den 80er Jahren, langsam aber kontinuierlich an, sieh man einmal von kurzfristigen, tagespolitisch bedingten Schwankungen ab. Bezeichnenderweise stieg bis zum Ende der 80er Jahre auch die Zahl derer, die ausdrücklich sagten, daß sie sich nicht beim Anblick der Nationalflagge freuten. Auch dies kann man als Kennzeichen dafür sehen, wie sehr sich die Farben Schwarz-Rot-Gold nach und nach als Nationalsymbol durchsetzten: Die Mehrheit fühlte sich ihnen verbunden, eine beträchtliche Minderheit äußerte sich ablehnend, aber gleichgültig waren die Farben nun nur noch sehr wenigen. Seit Anfang der 90er Jahre begann dann die Zahl derjenigen, die sagten, sie freuten sich nicht beim Anblick der Bundesflagge, allmählich zu sinken. Es liegt nahe anzunehmen, daß die deutsche Einheit das Schlüsselereignis für diese Entwicklung war. Heute sagen rund zwei Drittel der Deutschen, sie freuten sich beim Anblick der Bundesflagge, nur noch ein Viertel widerspricht ausdrücklich (Schaubild 3). Auch wenn für die Zeit vor 1947 keine verlässlichen Daten vorliegen, ist es nicht übertrieben anzunehmen, daß man lange, wahrscheinlich rund ein Jahrhundert, in der Geschichte zurückgehen muß um eine Zeit zu finden, in der die Deutschen eine so eindeutige und fröhliche Sympathie gegenüber ihren Nationalfarben empfanden.

Man kann die Bedeutung einer mehr als 60jährigen Periode von Frieden und Wohlstand für die Bildung der "political affection", die Almond und Verba 1959 in Westdeutschland vermißten, kaum überschätzen. Seit dem 17. Jahrhundert hat die deutsche Bevölkerung nie eine so lange Zeit gehabt, sich mit einem politischen und gesellschaftlichen System zu identifizieren. Die seit dem 30jährigen Krieg (1618-1648) zerrissene Nation, meist Spielball ihrer Nachbarn, hin- und hergerissen von Bürgerkriegen, Revolutionen und politischer Zersplitterung (vgl. z. B. Stürmer 1986; Stürmer 1990, bes. S. 25-36; Grosser 1980, S. 15-22), schließlich erschüttert durch die Folgen des kurzzeitigen aber katastrophalen nationalen Größenwahns in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und schließlich die tiefe Demütigung am Ende des Dritten Reiches - diese "verletzte Nation" (vgl. Noelle-Neumann/Köcher 1987) hat nun seit langer Zeit die Ruhe gehabt, einigermaßen mit sich ins Reine zu kommen. Es ist anzunehmen, daß dieser Prozeß noch nicht am Ende angelangt ist. Nach Ansicht des schottischen Politikwissenschaftlers Richard Rose benötigt ein Land mindestens ein Jahrhundert um eine ka-

tastrophale Niederlage zu überwinden (vgl. Rose 1984). Wenn man die Tendenz entwicklungen der Allensbacher Umfragen betrachtet und die Haltung der Deutschen zu ihrem eigenen Land mit der anderer europäischer Völker vergleicht (vgl. Noelle-Neumann 1987, S. 29; Petersen 2008), kommt man zu dem Schluß, daß er mit dieser Einschätzung recht gehabt haben könnte.

Schaubild 3

Western Germany: Pleased to See the National Flag?
 Question: ‘‘Do you feel pleased when you see Germany’s black-red-and-gold flag flying somewhere?’’



Source: Allensbach Archives, IfD Surveys

Die allmähliche Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst und ihrer nationalen Identität sowie ihre emotionale Einwurzelung in das politische System der Bundesrepublik sind verbunden mit einer tieferen Verankerung demokratischer Grundprinzipien in den Überzeugungen der Menschen abseits tagespolitischer Auseinandersetzungen. Beispielsweise hat das Prinzip des „starken Mannes“, der über den Parteien stehend das Land gleichsam wie ein „guter König“ mild aber eben auch autoritär regiert, in den letzten 50 Jahren deutlich an Attraktivität verloren. Im

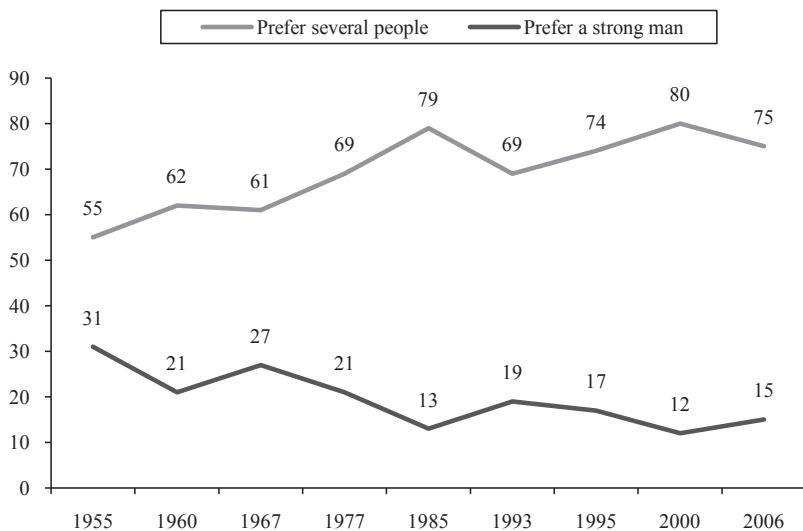
Jahr 1955 stimmte noch ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung der Aussage zu “I think it’s best for the people to put the best politician at the top and give him complete governmental power. Then, together with a few selected experts, he can make clear and quick decisions. There is not so much talk and things really get done.” Heute ist der Anteil derjenigen an der Bevölkerung, die diese Position vertreten, auf Werte zwischen 12 und 15 Prozent zurückgegangen (Schaubild 4).

Wie bereits kurz erwähnt, hat sich außerdem die Feindseligkeit zwischen den politischen Lagern verringert. Das spiegelt sich im deutschen Parteiensystem. Bei der Bundestagswahl des Jahres 2009 haben die beiden über Jahrzehnte dominierenden Parteien, die christdemokratische Partei (CDU/CSU) und die sozialdemokratische Partei (SPD) zusammengekommen mit 56,8 Prozent so wenig Stimmen erhalten wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In den 1970er Jahren hatten diese Parteien das politische Spektrum mit gemeinsamen Wähleranteilen um die 90 Prozent fast vollständig dominiert. Umgekehrt erzielten alle drei kleineren Parteien, die im Parlament vertreten sind, die besten Ergebnisse ihrer Geschichte. Diese Entwicklung, die sich seit etwa 35 Jahren langsam aber beharrlich fortsetzt, ist nicht als Resultat einer zunehmenden Verdrossenheit der Bevölkerung mit den führenden etablierten Parteien zu deuten (vgl. Niedermayer 2005, S. 83), sondern als Zeichen von Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur und nicht zuletzt der politischen Psychologie. Denn das Potential der ehemals dominierenden Volksparteien ist nicht annähernd in dem.

Schaubild 4

The “Strong Man”

Question: “Two men are talking here about how a country should be governed. One of them says: ‘I think it’s best for the people to put the best politician at the top and give him complete governmental power. Then, together with a few selected experts, he can make clear and quick decisions. There’s not so much talk and things really get done.’ The other one says: ‘I prefer it when governmental decision-making power is shared by several people. Of course, that sometimes means that there’s a lot of see-sawing before things get done, but there’s less chance that governmental power will be abused.’ Which of these two opinions comes closest to your own: the first one or the second?”



Source: Allensbach Archives, IfD Surveys

Maße geschrumpft, wie es die jüngsten Wahlergebnisse vermuten lassen. Der Anteil derjenigen an der Deutschen Bevölkerung, die sagen, sie könnten sich vorstellen, bei einer der kommenden Wahlen die Christdemokraten zu wählen, hat sich seit Mitte der 1970er Jahre nicht wesentlich verändert. Er liegt unverändert bei etwa 50 Prozent. Zurückgegangen ist lediglich der Anteil derjenigen, die sagen, sie könnten sich *nur* vorstellen, die Christdemokraten zu wählen, keine andere Partei käme für sie in Frage. Ähnliches gilt - mit gewissen Abstrichen im Detail - für die Sozialdemokraten (Petersen 2009b). Die Zahl der an eine bestimmte Partei oder auch an ein bes-

timmtes politisches Konzept unauflöslich gebundenen Wähler ist deutlich zurückgegangen, der Wähleraustausch zwischen den Parteien wächst (vgl. auch Schmitt-Beck 2000, S. 137-141). Ob man für die eine oder andere politische Partei eintritt, ist weniger eine Glaubensfrage und mehr eine Frage der politischen Pragmatik geworden (vgl. Rudzio 2006, S. 181-193).

Folgt man dem von Almond und Verba aufgestellten Schema, dann kann man sagen, daß Elemente, die zum Konzept der "Subject Political Culture" gehören, in der deutschen Gesellschaft eindeutig abgebaut wurden. Nach der mehr oder weniger implizit angenommenen These, wonach die drei politischen Kulturtypen verschiedene Stadien der Fortentwicklung demokratischer Gesellschaften darstellen, müßten sich dementsprechend die Kennzeichen einer "Participant Political Culture" gemehrt haben. Trifft das auf Deutschland zu? Angesichts der Allensbacher Umfragen kann man zunächst den Eindruck gewinnen, daß dies nicht der Fall ist. Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen, vor allem aber bei Landtagswahlen, hat deutlich abgenommen, die Zahl der Mitglieder der politischen Parteien geht zurück (Niedermayer 2009, S. 103). Darüber hinaus hat das Land wie viele andere westliche Länder auch, in den 1990er Jahren wiederkehrende Wellen der Politikverdrossenheit und eine Erosion des Vertrauens in staatliche Institutionen erlebt (vgl. Noelle-Neumann/Köcher 2002, S. 710-712; Niedermayer 2005, S. 64-69, 87).

Doch auf den zweiten Blick relativieren sich diese Befunde. Die sinkende Wahlbeteiligung ist keinesfalls Ausdruck einer Abwendung der Bevölkerung von der Politik, sondern die Folge sich ändernder Normen: Während sich in den 60er und 70er Jahren viele Bürger verpflichtet fühlten, zur Wahl zu gehen, auch wenn sie sich wenig für Politik interessierten und geringe politische Kenntnisse hatten, ist dies heute wesentlich weniger der Fall (vgl. Petersen 2009c; Niedermayer 2005, S. 209-219). Damit ist diese Entwicklung eher als ein Zeichen des zunehmend selbstbewussten Umganges der Bürger mit der Politik zu deuten, und damit als eine Veränderung, die durchaus in das Schema von Almond und Verba passt. Und was den Niedergang des Vertrauens in staatliche Institutionen betrifft, so mehren sich die Hinweise darauf, daß es sich hierbei eher um ein tagespolitisch motiviertes und durch vorübergehende Strukturen der Medienberichterstattung befördertes Phänomen handelt (vgl. Kepplinger 1998, Kepplinger 2000, Kepplinger 2009, S. 155-171), das seinen Höhepunkt inzwischen wahrscheinlich überschritten hat (vgl. Abold/Juhász 2006).

Angesichts dieser zeitgebundenen Phänomene, die bei oberflächlicher Betrachtung auf eine Entfremdung der Bevölkerung vom politischen System hinzudeuten schienen, wurden andere, in die Gegenrichtung deuten-

de Entwicklungen lange übersehen. So stieg beispielsweise von Ende der 1950er bis zur Mitte der 1970er Jahre der Anteil derjenigen an der westdeutschen Bevölkerung, die sagten, sie interessierten sich für Politik, von unter 30 auf um die 50 Prozent an. Dieser Wert ist seitdem stabil geblieben, was zeigt, daß die sinkende Wahlbeteiligung in den letzten Jahren keineswegs gleichbedeutend mit einer generellen Abwendung von der Politik verbunden ist (Schaubild 5). Der Anstieg des Interesses in den 1960er Jahren ist, wie experimentelle Untersuchungen des Allensbacher Instituts belegen, zum Teil eine Folge der Durchsetzung des Fernsehens als Massenmedium und die damit verknüpfte Veränderung der Wahrnehmung politischer Prozesse (Institut für Demoskopie Allensbach 1968; Noelle-Neumann 1997, S. 21-27). Doch das ändert nichts daran, daß die Zahlen alles in allem eine zunehmende Hinwendung zum politischen Geschehen dokumentieren.

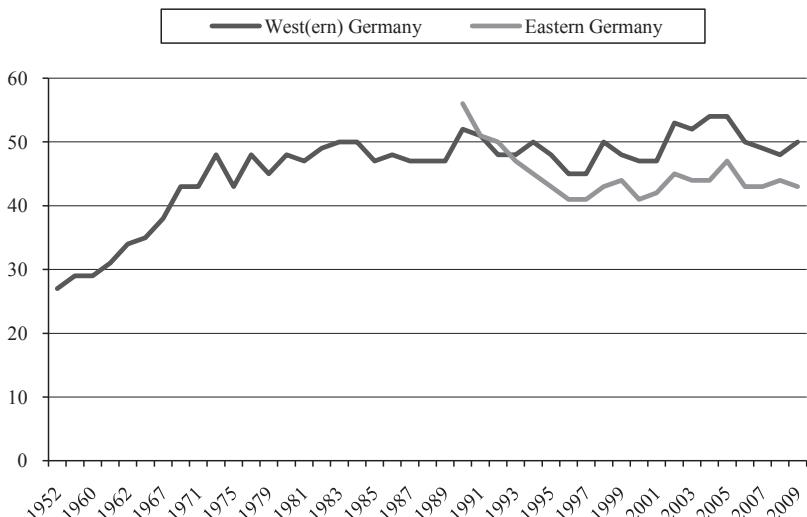
Die vielleicht bemerkenswerteste Entwicklung der letzten Jahrzehnte in diesem Zusammenhang ist aber die Zunahme des ehrenamtlichen Engagements der deutschen Bevölkerung. In den 1950er Jahren sagten bei den Umfragen des

Schaubild 5

Interest in Politics 1952 - 2009

Question: "Generally speaking: are you interested in politics?"

Answer: "Yes"

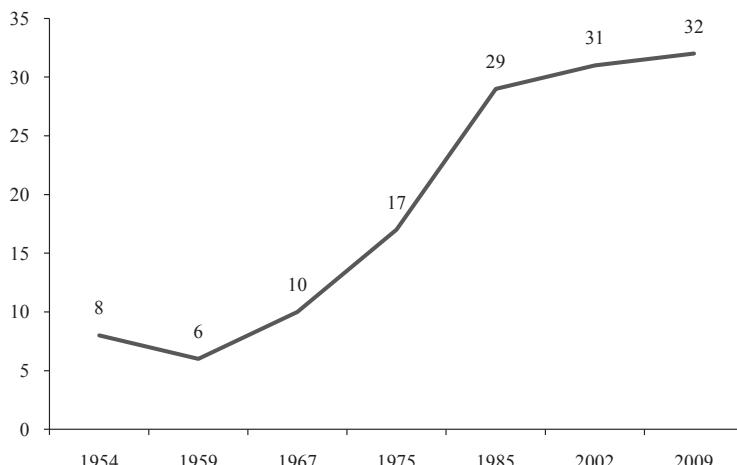


Source: Allensbach Archives, IfD Surveys

Allensbacher Instituts weniger als zehn Prozent der westdeutschen Bevölkerung, sie seien aktiv ehrenamtlich tätig, beispielsweise in Parteien, Kirchen, Vereinen oder sozialen Organisationen. Heute liegt der Anteil bei über 30 Prozent (Schaubild 6). Man muss annehmen, dass diese Zahlen die tatsächliche Entwicklung überzeichnen, denn sie sind mit wechselnden Frageformulierungen erhoben worden, wobei die in jüngerer Zeit verwendeten Fragen den Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeit etwas weiter fassten. Doch der Hauptbefund ist davon unberührt. Die gesellschaftliche Akzeptanz des ehrenamtlichen Engagements ist überwältigend. 85 Prozent der ehrenamtlich Tägigen sagten im Januar 2010, dass ihre Familie ihr Engagement unterstützte, nur 4 Prozent sagten, dass sie dafür belächelt würden, ebenfalls 4 Prozent berichteten davon, dass ihre ehrenamtliche Tätigkeit zu Konflikten in der Familie führe. Zweifellos haben sich auch die äußeren Bedingungen für das Ehrenamt gegenüber früheren Jahren verbessert: 36 Prozent der ehrenamtlich Tägigen berichteten, dass sie für ihre Tätigkeit eine Entschädigung erhielten, Räume oder Ausstattung gestellt bekämen oder anderweitig unterstützt würden. Doch die große Mehrheit von 63 Prozent sagte, sie erhielte nichts dergleichen, und diejenigen, die eine solche Unterstützung erhielten, sagten wiederum mehrheitlich, sie wären darauf "weniger stark" oder gar nicht angewiesen (IfD-Umfrage Nr. 10049).

Schaubild 6

Increase in the Number of Volunteer Workers
Persons who hold an honorary post or work on a voluntary basis for
groups or organizations (various question wordings)



Source: Allensbach Archives, IfD Surveys

Alles in allem kann man angesichts dieser Ergebnisse durchaus davon sprechen, daß sich die deutsche Gesellschaft zunehmend zu einer "Participant Political Culture" entwickelt und damit die Annahmen von Almond und Verba über die Entwicklung von Gesellschaften unter den Bedingungen der Freiheit bestätigt hat. Etwas überraschend ist vielleicht, wie langsam, ja schleichend die Veränderung vonstatten geht, obwohl Almond und Verba mit ihrem Hinweis auf die jahrhundertelange freiheitliche Tradition Großbritanniens ja auch hier den entscheidenden Hinweis gegeben hatten. Als 1959 die Befragung zu "The Civic Culture" stattfand, war die deutsche Demokratie gerade ein Jahrzehnt alt, von der Bevölkerung akzeptiert, aber noch nicht in jeder Beziehung verinnerlicht. Heute zeigt die deutsche Gesellschaft die Kennzeichen einer "gealterten" Demokratie. Das deutsche Beispiel zeigt, daß eine Gesellschaft Zeit braucht - Generationen - um sich an die Demokratie zu gewöhnen und die politische und gesellschaftliche Kultur zu entwickeln, auf der freiheitlichen Systeme auf Dauer angewiesen sind. Vielleicht ist es gelegentlich hilfreich, sich dies bei der Debatte um den Aufbau neuer Demokratien in anderen Ländern vor Augen zu führen.

LITERATUR

- ADENAUER, Konrad, *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1965.
- AHOLD, Roland y JUHÁSZ, Zoltán, "Rückkehr in den Mainstream? Einstellungswandel der Jugend zu Demokratie und Parteiensystem", en ROLLER, Edeltraud, BRETTSCHEIDER, Frank Y DETH, Jan. W. van (eds.), *Hugend und Poliek: "Voll normal!"*, Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.
- ALMOND, Gabriel A. y VERBA, Sydney, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton, Princeton University Press, 1963.
- CLARK, Christopher, *Iron Kingdom. The Rise and Downfall of Prussia 1600-1947*, Londres, Allen Lane, 2006.
- EVANS, Richard J., *Rethinking German History. Nineteenth-Century Germany and the Origins of the Third Reich*, London, Allen and Unwin, 1987.
- FÜRST, Heiko, "Ungarn", en WEIDENFELD, Werner y WESSELS, Wolfgang (eds.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2008*, Baden-Baden, Nomos, 2009.
- GROSSER, Alfred, *Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945*, München, Hanser, siebte Auflage, 1980.

- INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH, *Auswirkungen des Fernsehens in Deutschland. Lebensgewohnheiten, Interessen und Bild der Politik vor und nach der Anschaffung eines Fernsehgeräts*, Allensbacher Archiv, IfD-Bericht Nr., 1498.
- KEPPLINGER, Hans Mathias, *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*, Freiburg, Alber, 1998.
- _____, “The Declining Image of the German Political Elite”, *The Harvard International Journal of Press/Politics*, vol. 5, 2000.
- _____, *Politikvermittlung. Theorie und Praxis öffentlicher Kommunikation*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.
- NIEDERMAYER, Oskar, *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, 2005.
- _____, “Der Wandel des parteipolitischen Engagements der Bürger”, en KÜHNEL, Steffen, NIEDERMAYER, Oskar y WESTLE, Bettina (eds.), *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, gender und Wahlverhalten*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.
- NOELLE-NEUMANN, Elisabeth, “Nationalgefühl und Glück”, en NOELLE-NEUMANN, Elisabeth y KÖCHER, Renate, *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen ihren Charakter zu ändern*, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt 1987.
- _____, *Wegweiser. Wie Jugendliche zur Zeitung finden*, Aachen, Hahner Verlagsgesellschaft, 1997.
- _____, y KÖCHER, Renate, *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen ihren Charakter zu ändern*, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1987.
- _____, (eds.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002. Bd. 11 Balkon des Jahrhunderts*, München-Allensbach, Saur-Verlag für Demoskopie, 2002.
- PETERSEN, Thomas, “Zwischen Distanz und Akzeptanz. Nationalsymbole im Spiegel der öffentlichen Meinung”, *Flagge zeigen? Die Deutschen und ihre Nationalsymbole*, Bielefeld, Kerber, 2008.
- _____, “Une nouvelle identité allemande?”, *Regards sur l'économie allemande*, num. 91, 2009a.
- _____, “Das Potential der Volksparteien. Nicht nur Stammwähler und Randwähler bestimmen die Aussichten”, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vol. 30, september 2009.

- _____, “Die unverdrossenen Nichtwähler. Wahlenthaltung ist weniger Ausdruck von Protest als von Desinteresse an Politik”, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vol. 22, Juli 2009.
- _____, y MAYER, Tilman, *Der Wert der Freiheit. Deutschland vor einem neuen Wertewandel?*, Freiburg, Herder, 2005.
- ROSE, Richard, *National Pride: Cross-national Surveys*, Glasgow, Centre for the Study of Public Policy, University of Strathclyde 1984, Studies in Public Policy No. 136.
- RUDZIO, Wolfgang, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 7, Auflage, 2006.
- SCHMITT-BECK, Rüdiger, *Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Ein internationaler Vergleich*, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, 2000.
- SCHWARZ, Hans-Peter, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 2)*, Stuttgart-Wiesbaden, Deutsche Verlags-Anstalt/F. A. Brockhaus, 1981.
- STÜRMER, Michael, “Deutsche Identität: Auf der Suche nach der verlorenen Nationalgeschichte”, *Michael Stürmer: Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland*, München, Piper, 1986.
- _____, *Die Grenzen der Macht. Begegnung der Deutschen mit der Geschichte*, Berlin, Siedler, 1990.